

BLICKPUNKTE



● **Protest.** FPÖ-Wirtschaftssprecher Bernhard Theussl zeigt sich verwundert darüber, dass SPÖ und ÖVP eine Lockerung der Umweltverträglichkeitsprüfung für Großprojekte wie Kraftwerksbauten ohne Verhandlungen durchs Parlament bringen wollen: Immerhin bräuchten sie dafür eine Zweidrittelmehrheit und damit die Zustimmung einer Oppositionspartei. „So geht's nicht“, wettet Theussl.

● **Bures kritisiert.** ÖVP-Staatssekretär Reinhold Lopatka (ÖVP) kritisiert Verkehrsministerin Doris Bures (SPÖ) dafür, dass sie Postämter nur mit Zustimmung der Bürgermeister schließen lassen möchte: Als „Postministerin“ dürfe sie die Verantwortung nicht abschieben.

KOMMENTAR



Fünf vor zwölf

JOHANNES HUBER
johannes.huber@vn.vol.at, ☎ 01/31778340

Die Staatsschulden wachsen Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) über den Kopf: Vor wenigen Wochen hatte er im Budgetvoranschlag mit einer dramatischen Defizit-Explosion gerechnet, schon müssen die Zahlen korrigiert werden; laut Prognosen der Europäischen Kommission kommt es noch viel schlimmer.

Nun kann Pröll nicht viel tun. Um die Krise für die einzelne Bürgerin und den einzelnen Bürger nicht noch weiter zu verstärken, muss er sich vor Einschnitten hüten. Aber auf den Tag danach sollte sich Pröll schon einmal vorbereiten.

Auch Brüssel hat dem Finanzminister soeben auf die Finger geklopft: Wo sind die Sparpakete, die wirksam werden müssen, sobald die Wirtschaftskrise überwunden ist? Reformen haben eine lange Vorlaufzeit: Wenn sich Pröll nicht sofort an die Arbeit macht, dann ist es also schon bald zu spät.

Gusenbauer wurde Berater

Wien (VN) Die deutsche WAZ-Mediengruppe holt sich wieder einmal ehemaliges österreichisches Politikpersonal an Bord: Ex-Bundeskansler Alfred Gusenbauer (SPÖ) ist seit Kurzem als „Süd-Osteuropa-Berater“ für den Verlag tätig. Unternehmenssprecher Paul Binder bestätigte dies gestern.

Die Verlagsgruppe verfügt in den Nachbarländern über zahlreiche Zeitungsbeiträge. Konzernsprecher Paul Binder bezeichnete Gusenbauer als „Experten für die komplizierter werdende politische Situation in Südosteuropa“.

Gelbe Karte für Österreich

■ **Budgetdefizit: EU leitet Verfahren ein. Faymann rechnet mit keiner Strafe.**

Wien (VN-joh) Die EU-Kommission kündigte ein „Defizitverfahren“ gegen Österreich ein; es zählt damit zum Klub der Mitgliedsländer, die aufgrund der Wirtschaftskrise eine gesamtstaatliche Neuverschuldung von mehr als drei Prozent haben.

Hierzulande wird das Defizit heuer voraussichtlich 4,2 und im kommenden Jahr 5,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen; das entspricht rund zwölf und 15 Milliarden Euro.

Grundsätzlich müssen sich Staaten mit einer hohen Neuverschuldung auf Strafen einstellen, wenn ein Verfahren gegen sie eingeleitet wird. Zurzeit herrscht aufgrund der Rezession aber ein Ausnahmezustand. „Ich rechne mit keiner Strafe“, meinte Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) gestern denn auch im Gespräch mit den „VN“.

Verfahren laufen derzeit gegen so gut wie alle großen EU-Länder, von Großbritannien über Spanien bis Frankreich. Finanzminister Josef Pröll



EU-Währungskommissar Joaquin Almunia vermisst einen österreichischen Plan zur Budgetsanierung nach der Wirtschaftskrise. (Foto: EPA)

(ÖVP), der die Entscheidung der Kommission, auch gegen Österreich vorzugehen, gelassen nimmt, rechnet, dass am Ende insgesamt 20 Länder zusammenkommen werden.

Brüssel respektiert, dass hierzulande 2009 und 2010 je ein Prozent der Bruttoinlandsprodukts in die Stimulierung der Wirtschaft gesteckt werden; damit sollten insbesondere Arbeitsplätze gesichert werden.

Gleichzeitig ermahnt der zuständige Währungskommissar Joaquin Almunia Österreich aber, einen Plan auszuarbeiten, um das Budget zu sanieren, sobald sich die Wirtschaft wieder erholt; laut Almunia sollte das schon ab dem kommenden Jahr der Fall sein. Finanzminister Pröll ging gestern nicht darauf ein, bekannte sich aber zum Ziel „eines ausgeglichenen Haushalts“.

STICHWORT

Maastricht-Kriterien

Wer der Europäischen Währungsunion („Euro“-Zone) angehören will, muss sogenannte Maastricht-Kriterien erfüllen. Zu diesen zählt insbesondere ein sanierter Staatshaushalt: maximal drei Prozent Neuverschuldung, maximal 60 Prozent Gesamtverschuldung am BIP. Wer darüber liegt, muss hohe Geldstrafen befürchten.

Sparprogramme nicht zu erkennen

■ **Budgetmisere: Auch die Wirkung des Kas-senpakets wird ange-zweifelt.**

Wien (VN-joh) Wie sollen die Staatsschulden, die derzeit aufgrund der Wirtschaftskrise zwangsläufig angehäuft werden, eines Tages abgebaut werden? Die EU-Kommission hat einen Plan eingemahnt; noch ist nämlich nicht viel zu sehen.

1 Verwaltung. Schon im ersten Quartal des heurigen Jahres hätten laut Regierungsprogramm konkrete Maßnahmen vorgelegt werden sollen. Bis heute ist es nicht dazu gekommen. Zuletzt sind Reformvorschläge für Herbst angekündigt worden. Geplant sind vor allem Kompetenzbereinigungen zwischen dem

Bund und den Ländern. Damit könnten Synergieeffekte ausgenutzt und längerfristig Beamte abgebaut werden. Weil bisher noch jeder Anlauf zu einer größeren Verwaltungsreform gescheitert ist, hüten sich die Beteiligten aber sogar davor, Einsparungsziele festzulegen.

2 Gesundheit. Der Bund hat zuletzt beschlossen, viel Geld locker zu machen, um die Kassendefizite zu senken. Hauptverband der Sozialversicherungsträger und Ärztekammer haben indes ein Programm vereinbart, das bis 2013 insgesamt zweieinhalb Milliarden Euro an Einsparungen bringen soll. Die Inhalte werden von Experten zwar begrüßt; sie zweifeln aber daran, dass so viel Geld zusammenkommen wird: „Bei den Medikamenten, wo

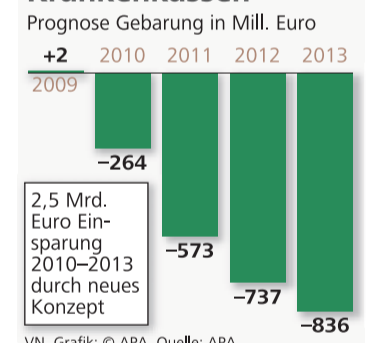
vor allem angesetzt wird, sehe ich das große Einsparungspotenzial nicht“, meint etwa der Gesundheitsökonom Ernest Pichlbauer.

3 Pensionen. Die Pensionen, bei denen frühere Regierungen immer wieder Einsparungspotenziale gesehen haben, sind für Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vize Josef Pröll (ÖVP) tabu. So sollen Pensionen auch in Zukunft zumindest im Ausmaß der Teuerung (Inflation) erhöht werden.

4 Tabuthemen. Unter keinen Umständen sparen wollen Faymann und Pröll in Bereichen wie Forschung und Entwicklung, Sicherheit und Bildung. Dort ist es der zuständigen Ministerin Claudia Schmied (SPÖ) zuletzt freilich nicht einmal gelungen, ein

Programm (u.a. zwei Stunden mehr Lehrverpflichtung) durchzusetzen, das zu einer Dämpfung der Ausgabenzuwächse hätte führen sollen. So gut wie kein Einsparungspotenzial gibt es indes in Bereichen wie dem Heer.

Krankenkassen



mehrwissen.vol.at

• **Gesundheitsreform.** Maßnahmen, auf die sich Hauptverband der Sozialversicherungen und Ärztekammer verständigten.

Trotz Krise: E-Wirtschaft investiert Milliardenbeträge

Konjunkturpaket der österreichischen E-Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und sichert eine saubere Stromversorgung

Die Wirtschaftskrise macht auch vor Österreich nicht halt – so klagen heimische Unternehmen über Auftragsrückgänge, und der Arbeitsmarkt ist angespannt. Die österreichische E-Wirtschaft setzt ein positives Signal und nimmt allein in den Jahren 2009 und 2010 2,3 Milliarden Euro in die Hand, um die umweltfreundliche Stromversorgung Österreichs zu sichern. Sie sorgt damit auch für Arbeitsplätze und Aufträge für heimische Unternehmen.

Arbeitsplätze gesichert

Bis 2020 müssen laut Experten insgesamt 15 Mrd. Euro in die österreichische Stromversorgung investiert werden. Dabei geht es nicht nur darum, bestehende Kraftwerke zu modernisieren und neue zu errichten – auch das heimische Stromnetz muss erneuert und ausgebaut werden. Mit diesem Investitionspaket der E-Wirtschaft könnten mehr als 100.000 Arbeitsplätze gesichert werden. Gerade jetzt, wo die Arbeitslosigkeit steigt und Kurzarbeit um sich greift, sind solche

Investitionen enorm wichtig. Langfristiges Ziel der E-Wirtschaft ist es, Österreich bis 2020 von Stromimporten unabhängig zu machen.

Klimafreundlich und sauber

Österreich ist schon heute ein europäisches Vorzeigeland in der klima- und umweltfreundlichen Stromerzeugung. Rund zwei Drittel des heimischen Stroms kommen aus erneuerbaren Energien – allen voran aus Wasserkraftwerken. Sauberer Strom aus Wasserkraft steht auch im Zentrum der Investitionsoffensive der E-Wirtschaft. Aber auch andere Erneuerbare wie Windkraft oder Biomasse werden ausgebaut. Und saubere und hocheffiziente thermische Kraftwerke liefern zumeist nicht nur elektrische Energie, sondern auch Fernwärme. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Rasch handeln

Die Investitionsoffensive der E-Wirtschaft sollte möglichst rasch umgesetzt werden. Dafür



Der Silvrettastausee – Zwei Drittel des heimischen Stroms werden in Wasserkraftwerken erzeugt.

Foto: VEÖ

braucht es Genehmigungsverfahren, die Bürgerrechte und eine hohe Umweltverträglichkeit ga-

rantieren, aber auch schnell über die Bühne gehen. Denn gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten

sind Investitionen – besser heute als morgen – von besonderer Bedeutung.